



## Notleidende des Syrien-Konflikts brauchen dringend Hilfe

Notleidende des Syrien-Konflikts brauchen dringend Hilfe  
Zur humanitären Situation in Syrien und den angrenzenden Ländern erklären Claudia Roth, Bundesvorsitzende, und Thilo Hoppe, Sprecher für Welternährung der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
"Während über das baldige Ende des Assad-Regimes in Syrien spekuliert wird, spitzt sich die Situation der Menschen vor Ort und in den angrenzenden Ländern immer mehr zu. Die Vereinten Nationen müssen die Zahlen fast täglich nach oben korrigieren: Derzeit sind mehr als 525.000 Syrerinnen und Syrer in die Nachbarländer geflohen. Im ersten Halbjahr 2013 wird die Zahl laut VN sogar auf eine Million anschwellen. In Syrien selbst sind vier Millionen Menschen auf sofortige humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als 40.000 Menschen, der deutlich größte Teil davon Zivilisten, sind bereits Opfer der dramatischen Situation in Syrien geworden.  
Auch steigt der Bedarf an Hilfsmitteln rasant an: Zu Beginn der Woche wurden sie insgesamt auf 1,5 Milliarden US-Dollar allein für die nächsten sechs Monate geschätzt - das ist der größte Umfang eines kurzfristigen Hilfsappells, den die VN jemals herausgaben. Dabei konnte bereits der Bedarf des gesamten Jahres 2012 nur knapp zur Hälfte gedeckt werden. Ohne eine angemessene Finanzierung können die Hilfsorganisationen vor Ort selbst lebensrettende Maßnahmen nicht mehr gewährleisten. Bereits jetzt arbeiten sie unter schwersten und lebensgefährlichen Bedingungen.  
Um dieser immensen humanitären Herausforderung zu begegnen, wird jede Hilfe gebraucht: Sowohl von der internationalen Staatengemeinschaft als auch von privaten Spenderinnen und Spendern. Und die Zeit drängt: Die syrische Zivilbevölkerung ist nicht nur immer heftigeren und brutaleren Kämpfen ausgesetzt, sondern auch den Witterungen des längst hereingebrochenen Winters. Viele Flüchtlingslager und Kollektivunterkünfte sind aufgrund der zu knappen finanziellen Mittel unzureichend ausgestattet: undichte Zelte, zu wenige Decken, gekürzte Essensrationen.  
Die Bundesregierung sollte deswegen endlich schnelle Hilfe anbieten und syrische Flüchtlinge, egal welcher Religion, auch in Deutschland unbürokratisch aufnehmen. Im vergangenen Jahr wurde in Deutschland nur knapp 7.000 Syrerinnen und Syrern Schutz gewährt - eine verschwindend geringe Zahl im Vergleich zu den jeweils 150.000 Personen, die aus Syrien in Jordanien und im Libanon aufgenommen wurden. Außerdem wird fast allen syrischen Asylsuchenden in Deutschland nur ein stark befristeter Schutzstatus gewährt, der einen Familiennachzug faktisch unmöglich macht. Dabei leben in Deutschland viele Syrischstämmige, die bereit wären, ihre vor der Gewalt im eigenen Land fliehenden Angehörigen aufzunehmen. Wir fordern die Regierung Merkel auf, den Menschen in Syrien mehr Solidarität entgegenzubringen. Außerdem bitten wir die Menschen hierzulande um Spenden an Hilfsorganisationen, die Zugang zu den Flüchtlingen in Syrien und den umliegenden Ländern haben."  
Spendenkonto von Hilfsorganisationen, die syrische Flüchtlinge unterstützen:  
UNO-Flüchtlingshilfe (für UNHCR)  
Spendenkonto: 2000 88 50  
Sparkasse Köln-Bonn  
BLZ: 370 501 98  
Aktion Deutschland Hilft  
Spendenkonto: 10 20 30  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ: 370 205 00  
Spenden-Stichwort: Flüchtlinge Syrien/Nahost  
Deutsches Rotes Kreuz  
Spendenkonto: 41 41 41  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ: 370 205 00  
Stichwort: Flüchtlingshilfe (Syrien)  
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bundesvorstand  
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher  
Platz vor dem Neuen Tor 1 \* 10115 Berlin  
Email: mailto:presse@gruene.de  
Tel: 030 - 28442 130 \* Fax: 030 - 28442 234

### Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

mailto:presse@gruene.de

### Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

mailto:presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.